



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

14. August 2020
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Schulanfang: Wir zahlen die Folgen der jahrelangen Sparmaßnahmen

In den letzten Wochen sind die Infektionszahlen auch in Deutschland wieder gestiegen. An vielen Orten gab es kleinere Ausbrüche. Und zwar nicht nur durch Urlaubsrückkehrer oder „verantwortungsloses Verhalten Einzelner“. Viele haben sich gerade deshalb infiziert, weil sie nicht im Urlaub waren, sondern... auf der Arbeit! Fast täglich infizieren sich in einem Betrieb 10, 20, 50, manchmal auch über 200 Beschäftigte: in Fabriken, Werkstätten, bei der Ernte, auf Werften... Doch darüber – und über die Verantwortung der Bosse – reden die Politiker und Medien natürlich nicht so gerne.

Mitten in den steigenden Infektionszahlen hat nun die Schule wieder begonnen. Doch das „umfassende Konzept“, das die Landesregierungen angekündigt hatten, ist ein schlechter Scherz. Nicht mal die einfachsten Dinge haben sie organisiert: Zusätzliche Räume, um die Ansteckungsgefahr zu verringern? Fehlanzeige. Zusätzliche Förderung für die Schüler, die in der Corona-Zeit besondere Schwierigkeiten hatten? Von wegen! Corona-Tests für alle Lehrkräfte und ErzieherInnen? Nur auf dem Papier.

Das einzige, was in NRW von ihrem grandiosen Konzept übrigbleibt, ist die Maskenpflicht für die meisten Schüler. Und selbst die Masken müssen die Eltern noch selber kaufen!

Ansonsten werden die Schülerinnen und Schüler in denselben überfüllten

Klassen unterrichtet, in denen sich ein Lehrer um 30 Schüler kümmern muss – und selbst dafür sind nicht genug Lehrkräfte da! Sie fahren morgens in denselben überfüllten Bussen und Bahnen, sitzen dicht an dicht in denselben engen Klassenzimmern, in denen zum Teil die Fenster nicht mehr aufgehen, und teilen sich in den Pausen mit 1.000 Schülern zwei WC-Anlagen.



Und wie sollte es auch anders sein, nach all den Jahren, in denen alle Parteien in Bundes- und Landesregierungen die Schulen und Kitas regelrecht kaputtgespart haben? Kinder, Eltern, Lehrkräfte und ErzieherInnen, sie alle bezahlen heute für diese jahrelange Sparpolitik, sie bezahlen mit der Sorge um ihre Gesundheit und den schwierigen Alltagsbedingungen in Schule und Kita.

Jedem ist auch klar, dass immer wieder Kitas, Schulklassen oder ganze Schulen zeitweise geschlossen werden müssen – und angesichts der vollgestopften Klassen wird dies umso häufiger ge-

schehen. Dies aber bedeutet nicht nur einen weiteren Nervenkrieg für die Eltern. Es bedeutet auch, dass die Schülerinnen und Schüler aus den Arbeitervierteln, aus den ärmeren Familien noch mehr benachteiligt werden: diejenigen, die keinen eigenen Computer, kein eigenes Zimmer zum Lernen haben – oder schlichtweg niemanden, der ihnen bei den Aufgaben helfen kann. Sie sind am meisten auf die Schule angewiesen.

Sie sind ohnehin schon seit Jahren die Hauptopfer des Lehrermangels und der großen Klassen. Und mit Corona verschlechtert sich ihre Lage noch weiter.

Derzeit wirft die Regierung mit hunderten Milliarden Euro um sich. Doch nicht ein Cent ist in all ihren „Corona-Rettungspaketen“ für mehr LehrerInnen oder ErzieherInnen

vorgesehen! Dafür ist mal wieder kein Geld da, schließlich muss man ja die Bosse von Lufthansa, Daimler und Adidas mit Geld versorgen.

Es geht also genauso weiter wie bisher: Um für „die Wirtschaft“ – sprich in Wahrheit für die Kapitalisten – Geld aufzutreiben, wird bei allem, was für die einfache Bevölkerung wichtig ist, gespart.

Diese Prioritätensetzung, die den Profit vor die Erziehung und die Bedürfnisse der jungen Generation und damit unserer Zukunft stellt, sagt alles über diese Gesellschaftsordnung aus. Ihr kann und darf nicht die Zukunft gehören.

Maske verpflichtend = Maske kostenlos?

Der Staat macht es sich schön einfach. Er führt eine Maskenpflicht in öffentlichen Räumen ein, aber fühlt sich nicht dafür zuständig, dort auch Masken zur Verfügung zu stellen. Wer seine Maske vergisst, muss sich teilweise für 2 Euro am Kiosk eine kaufen, nur um 5 Haltestellen mit dem Bus zu fahren. In den Schulen braucht man gerade bei warmem Wetter mehr als eine Maske pro Tag. Doch statt, dass die Schulen die Masken kostenlos ausgeben, wälzt der Staat alle Verantwortung und Kosten auf die Familien ab. Für größere und ärmere Familien geht es ins Geld, für alle genug Masken vorrätig zu haben. Erst recht ist die Regierung natürlich nicht auf die Idee gekommen, die Betreiber der Supermärkte und Kaufhäuser zu verpflichten, Masken zum Einkaufen zur Verfügung zu stellen. Stattdessen verdienen diese auch noch daran, dass sie Masken teuer verkaufen, die die Menschen dann tragen müssen, um bei ihnen einkaufen zu können.

Einweg-Masken (die obendrein hygienischer und sicherer sind als Stoffmasken) kosten in der Herstellung nicht einmal 5 Cent. Seit fast einem halben Jahr weiß die Regierung, dass große Mengen hiervon gebraucht werden. Doch statt deren Herstellung zu organisieren und sie für die öffentlichen Bereiche wie Schulen und Nahverkehr kostenlos zur Verfügung zu stellen, begnügt sich der Staat damit, für fehlende Masken Bußgelder zu kassieren.

Libanon: Der Rücktritt der Regierung wird die Wut nicht dämpfen

Seit der furchterlichen Explosion, die am 4. August die libanesische Hauptstadt in Schutt und Asche gelegt und über 170 Menschen getötet hat, haben sich Tag für Tag tausende Demonstranten versammelt und ihre Wut auf die Regierung mit den Rufen „Hängt sie alle auf“ sehr deutlich gemacht. Ihre Entschlossenheit hat die Regierung am 10. August zum Rücktritt gezwungen.

Der Hass der Bevölkerung auf die korrupte politische Kaste war schon vorher groß. Doch die Verachtung und Verantwortungslosigkeit der Herrschenden, die sich in der mörderischen Explosion offenbarte, hat alles auf die Spitze getrieben.

Die 2.750 Tonnen Ammoniumnitrat, die explodierten, lagerten bereits seit über sechs Jahren ohne besondere Sicherheitsvorkehrungen im Hafengebiet – ganz in der Nähe von Wohnhäusern. Immer wieder hatten Beschäftigte und Verantwortliche vor der Gefahr gewarnt. Doch alle Zuständigen im Staatsapparat haben die zahlreichen Warnungen schlicht ignoriert.

Der Rücktritt der Regierung allein wird die Proteste allerdings sicher nicht beenden, die bereits seit Oktober 2019 andauern und sich gegen das ganze verhasste politische System richten. Es ist ein System, das in seinen Grundzügen noch aus der Kolonialzeit stammt. Um das Land besser beherrschen zu können, hatte die Kolonialmacht Frankreich das ganze System nach Religionszugehörigkeit organisiert. Jede politische Partei musste einer Religion (einer der verschiedenen christlichen oder muslimischen Strömungen) angehören. Bis heute hat jede Religion einen bestimmten Anteil an Sitzen im Parlament, und jede Partei vertritt angeblich die Interessen einer bestimmten Religionsgemeinschaft.

Doch in Wahrheit vertritt jede Partei einzig die Interessen einer bestimmten Fraktion der kapitalistischen Klasse. Über ihre Parteien plündern diese verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie die Staatskasse, was ihnen neben der direkten Ausbeutung der Arbeiter eine weitere Einnahmequelle verschafft.

Dieses politische System dient nicht nur der einheimischen Bourgeoisie und ihren politischen Lakaien, denen es einträgliche Posten im Staatsapparat verschafft. Es stellt auch sicher, dass der Libanon dauerhaft ein halbkoloniales Land bleibt, das den verschiedenen Weltmächten

und Regionalmächten als Stützpunkt dient – all den mächtigen Staaten, die in der Region (im Nahen Osten) aktiv sind und sich deren zahlreiche Rohstoffe unter den Nagel reißen.



Lange Zeit hat das in den 1950er Jahren eingeführte verschärfte Bankgeheimnis dem Land außerdem den Spitznamen „die Schweiz des Nahen Ostens“ eingebracht. Es bot dem Kapital, das durch die Ausbeutung der Arbeiter der Region angehäuft wurde, einen sicheren Hafen.

Nach dem Bürgerkrieg zwischen 1975 und 1990 hat die libanesische Zentralbank außerdem hohe Zinsen für ihre Staatsanleihen gezahlt und damit ihren Gläubigern – libanesischen wie ausländischen Investoren – goldene Zeiten beschert. Doch dadurch wurde die Staatskasse weiter geplündert, und so ist der libanesische Staat jetzt zahlungsunfähig. Die herrschende Klasse konnte ihre angehäuften Milliarden mit Unterstützung der internationalen Banken vorher ins Ausland bringen. Der einfachen Bevölkerung hingegen wird nun die Rechnung präsentiert: Der Kurs der libanesischen Währung ist abgestürzt, was in kurzer Zeit zu einer brutalen Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung geführt hat.

Von den Regierungen der imperialistischen Staaten ist jedenfalls keine Hilfe zu erwarten, auch wenn sie sich – allen voran Frankreich, aber auch Deutschland – derzeit damit brüsten. Das Gegenteil ist der Fall: Das bisherige System im Libanon hat sich für die imperialistischen Großmächte als so kostbar erwiesen, dass sie es um jeden Preis erhalten wollen. Wenn sie also heute angesichts der Massenproteste der Bevölkerung von einer „notwendigen Reform des politischen Systems“ reden, dann geht es einzig darum, der Fassade des Regimes einen neuen Anstrich zu verpassen, während alles andere beim Alten bleibt.

Auch der fünfzehnjährige Bürgerkrieg, der hunderttausende Tote forderte und zu einer unfassbaren Zerstörung führte, ist nicht anders geendet.

Und was die 253 Millionen Euro angeht, die auf der Internationalen Geberkonferenz zur Unterstützung Beiruts angekündigt wurden: Wenn dieses Geld überhaupt gezahlt wird, dann kann man sicher sein, dass die einfache Bevölkerung kaum etwas davon sehen wird. Der Großteil wird in den Taschen der internationalen Baukonzerne verschwinden. In jedem Fall sind diese Hilfgelder nur ein Bruchteil der 2,3 Milliarden Euro, die Saudi-Arabien 2014 der libanesischen Armee geschenkt hat, damit diese von französischen Rüstungskonzernen Waffen kaufen kann. Die Truppen der Armee, die die Regierung in den letzten Tagen zur Unterdrückung der Demonstrationen eingesetzt hat, haben jedenfalls gezeigt, wozu diese tolle militärische Ausrüstung genutzt werden kann – in einem Land, in dem es in den anderen Teilen des öffentlichen Dienstes am Nötigsten fehlt.

Einige Staatschefs sowie Teile der sogenannten libanesischen Zivilgesellschaft fordern außerdem, dass statt einer neuen Regierung aus den üblichen, alten Parteien eine „Technokraten-Regierung“ eingesetzt wird (also eine Regierung von parteilosen „Spezialisten“ aus Finanzwelt und Konzernen). Doch eine solche Regierung würde die Interessen der Arbeitenden nicht einen Deut mehr vertreten, im Gegenteil. Denn eine solche Regierung würde noch stärker und direkter den Interessen der imperialistischen Großmächte und ihrer Banken dienen: Und die fordern, dass der Libanon um jeden Preis seine Staatsschulden bezahlen muss, selbst wenn dies die Bevölkerung noch weiter ins Elend treibt.

Die arme Bevölkerung und die Arbeitenden im Libanon können nur auf ihre eigenen Kräfte und die Solidarität der Arbeiter in ihrer Region und der Welt zählen, um sich das Geld zurückzuholen, das ihnen gestohlen wurde, um selber die Kontrolle über die Wirtschaft zu übernehmen und diese wirklich in den Dienst der Bevölkerung zu stellen.

(nach einem Artikel unserer französischen Genossen von Lutte Ouvrière vom 14.8.2020.)

Der Krieg um den Impfstoff: ein Krimi ums große Geld

Seit der russische Präsident die Zulassung eines ersten Impfstoffs gegen Covid-19 angekündigt hat, hat der weltweite Konkurrenzkampf zwischen den Pharmakonzernen noch mehr an Schärfe gewonnen. Und er hat seine hässlichen und gefährlichen Seiten offenbart.

Mit Beginn der Pandemie haben alle Pharmakonzerne in fiebriger Eile begonnen, an einem Impfstoff zu forschen. Und mindestens vier Labore auf der Welt – darunter das russische – haben es geschafft, einen Impfstoff zu entwickeln, der bereits in der letzten Testphase ist: in der Phase, in der er an einer größeren Zahl von Menschen erprobt wird. In nur wenigen Monaten haben sie geschafft, was normalerweise Jahre braucht. Eine beeindruckende Leistung der Forschung!

Doch so einfach ist es im Kapitalismus nicht. Denn für die Bosse der Pharmaindustrie ist die Suche nach einem Impfstoff vor allem ein Wettrennen um das große Geld. Jeder will der erste sein, der seinen Impfstoff an die kaufkräftigen Staaten verkauft und damit Profite in gigantischer Höhe machen kann. Dafür aber muss man schneller sein als alle anderen, muss als erster einen Impfstoff entwickelt, erprobt und ihn in großer Menge produziert haben. Entsprechend

groß ist für alle Pharmakonzerne die Verlockung, mögliche Nebenwirkungen und Probleme herunterzuspielen oder ganz zu verschweigen.



Sobald ein Konzern einen wirksamen Impfstoff entwickelt hat, wird er ihn außerdem sofort durch Patente schützen und somit verhindern, dass er der ganzen Menschheit zur Verfügung steht. Sogar obwohl ein bedeutender Teil dieser Impfstoff-Forschung durch öffentliche Subventionen finanziert worden ist, gehört der entwickelte Impfstoff dem Pharmakonzern ganz allein. Der Konzern allein entscheidet damit, zu welchem Preis er ihn verkauft. Die Bevölkerungen werden nie erfahren, was genau in den Kaufverträgen zwischen den Staaten

und den Pharmakonzernen stehen wird. Doch eins ist sicher: Die Staaten werden Wucherpreise zahlen müssen. Und Pech für die Länder und die Menschen, die diesen Preis nicht bezahlen können!

Damit die Ergebnisse aus Wissenschaft und Industrie von der Bevölkerung kontrolliert werden und allen Menschen zu Gute kommen können, gehört die Wirtschaft nicht in die Hände einer kleinen Minderheit verantwortungsloser Kapitalisten mit ihrer Profitlogik, sondern in die Hände der Bevölkerung!

Fürs Leben gelernt

Mit der Wiedereröffnung der Schulen hat die Regierung auf einmal entdeckt, dass es sehr anstrengend ist, wenn man 8 Stunden lang eine Maske trägt, ganz besonders im Sommer. Und dass die Schüler zwangsläufig weniger Leistung bringen können und mehr Erholung brauchen.

In der Tat, und das gilt ebenso für die hunderttausenden Arbeitenden, die bereits seit Monaten den ganzen Tag über Masken tragen – und obendrein körperlich arbeiten müssen. Also, auch in den Betrieben muss gelten: langsames Arbeitstempo, zusätzliche Pausen und hitzefrei!

Für das „Grundrecht“, Profit und Egoismus über die Gesundheit Aller zu stellen?

Genau zum Zeitpunkt, wo die Infektionszahlen wieder ansteigen, finden in Berlin und anderen Städten erneut Demonstrationen statt, die die Aufhebung auch der letzten noch bestehenden Corona-Beschränkungen fordern. Sprich die Demonstranten fordern die Aufhebung der Maskenpflicht, die Wiedereröffnung der Nachtclubs, der Bordelle... und reden ernsthaft davon, dass sie damit die „Grundrechte“ der Menschen verteidigen würden. Was für ein schlechter Scherz!

Ja, es gibt Grundrechte, fundamentale, lebenswichtige Rechte, die der einfachen Bevölkerung in der derzeitigen Krise geraubt werden. Vielen wird das Recht auf einen Arbeitsplatz und ausreichend Lohn geraubt: Weil die Kapitalisten sie in der Krise gnadenlos entlassen, den Lohn kürzen oder sie ohne Aufstockung in Kurzarbeit schicken, um bloß nicht die Gewinne der letzten Jahre antasten zu müssen. Viele bangen um ihr Grundrecht auf eine Wohnung und Stromversorgung, weil sie Mieten und Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können. Ihr Recht auf Gesundheits-

schutz wird gefährdet, weil viele Bosse sich nicht an die Schutzmaßnahmen halten – und weil die Regierung weitere Krankenhäuser schließt.

Doch um die existenziellen Grundrechte der arbeitenden Bevölkerung scheren sich die Anti-Corona-Demos wenig, im Gegenteil: Sie gehören zu denen, die diese Rechte mit Füßen treten.

Denn was bedeutet ihre Forderung nach Abschaffung aller Corona-Einschränkungen anderes, als dass auch Tönnies und Co. in den Schlachthöfen wieder ohne jede Corona-Schutzmaßnahmen arbeiten lassen dürfen. Was bedeutet ihr „Grundrecht“ darauf, keine Maske zu tragen anders als das Recht, aus puren egoistischen Motiven anderen Menschen schaden zu dürfen – genau dasselbe Recht, das sich die Kapitalisten herausnehmen, wenn sie für ihren persönlichen Profit die Existenz von Arbeitenden zerstören. Was bedeutet ihre Forderung, „zum Schutz der Wirtschaft“ Nachtclubs oder Großveranstaltungen wieder zuzulassen anderes als die Forderung, den Profit über die Gesundheit zu stellen.

Die Organisatoren der Anti-Corona-Demos tun so, als wären sie eine Protestbewegung gegen das herrschende System. Doch das Gegenteil ist der Fall. Sie verteidigen eine Extremform eben der Werte, auf denen das herrschende kapitalistische System beruht – Individualismus, Egoismus und das Recht des Stärkeren. Sie verteidigen die Werte eines Systems, das die gesamte Gesellschaft immer weiter in die Krise, in wirtschaftliche und menschliche Abgründe reißt! Und es ist bezeichnend, dass sich die AfD in diesen Demos so wohl fühlt und mit ihnen Wahlkampf macht.

Gerade angesichts der massiven Krise ist es wichtig, dass solche arbeiterfeindlichen, reaktionären Strömungen nicht die einzigen bleiben, die laut sind und auf die Straße gehen.

Gegen die Regierung und gegen solche reaktionären Kräfte muss die arbeitende Klasse ihren eigenen Interessen Gehör verschaffen, ihren Grundrechten auf einen Arbeitsplatz, auf ausreichend Lohn und auf den Schutz der Gesundheit Aller.

Streik auf Baustelle: Kein Lohn – keine Arbeit

45 Tage hatten sie auf einer Regensburger Großbaustelle gearbeitet, ohne einen Cent Lohn zu sehen. Ständig wurden sie vertröstet. Dann hatten die 25 Arbeiter genug: Am 5. August traten sie in den Streik, legten die Baustelle lahm und besetzten bei brütender Hitze 24 Stunden lang die Kräne.



Die vorwiegend ägyptischen Arbeiter sind bei einer italienischen Firma angestellt, die als Subfirma für eine österreichische Subfirma einer deutschen Subfirma der deutschen Immobilienfirma F&B Grundbesitz Regensburg arbeitet. Und keine der Firmen in dieser Kette wollte für die nicht gezahlten Löhne verantwortlich sein.

Die Sub-Sub-Subfirmen sind eine übliche Masche, mit denen die deutschen Bau- und Immobilienkonzerne von massiver Ausbeutung, langen Arbeitstagen und Niedrigstlöhnen (oder auch gar nicht gezahlten Löhnen) profitieren – und gleichzeitig alle Verantwortung auf die Subfirmen abwälzen können. Doch diesmal haben die Arbeiter ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Nachdem der Bauherr F&B Grundbesitz Regensburg anfangs noch erklärt hatte, er habe mit den Männern einer Subfirma „eigentlich überhaupt nichts zu tun“, haben ihm 24 Stunden Streik vom Gegenteil überzeugt, und er hat sofort einen Großteil des Lohns überwiesen.

Seehofer verbietet die Aufnahme von Flüchtlingen

Auch wenn seit Corona kaum noch darüber berichtet wird: Noch immer werden zehntausende Flüchtlinge in völlig überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln festgehalten. Diese Flüchtlinge hatten es geschafft, sich in Schlauchbooten in die EU zu retten. Doch die anderen EU-Staaten weigern sich, sich an ihr Versprechen zu halten und die Flüchtlinge auf die EU-Länder aufzuteilen. Stattdessen hält man sie auf den griechischen Inseln fest. Mit der Folge, dass allein im größten Lager auf Lesbos über 15.000 Menschen dichtgedrängt in einem Lager hausen müssen, dass nur für 3.000 Menschen gebaut wurde – und dies zum Teil schon seit mehreren Jahren! Es gibt kaum Duschen und WCs, nicht genug Schlafgelegenheiten, geschweige denn Krankenversorgung oder Schulen für die Kinder.

Die rot-rot-grüne-Landesregierung in Thüringen wollte innerhalb der nächsten zwei Jahren zumindest eine kleine Anzahl, 500 Menschen, aus diesen unfassbar unmenschlichen Lagern aufnehmen. Ähnliches hat auch das Land Berlin angeboten. Doch CSU-Innenminister Seehofer hat es beiden Bundesländern verboten! Mit dem Argument, Bundesländer dürften nicht eigenständig Flüchtlinge aufnehmen.

Die Bundesländer dürfen sonst alles Mögliche eigenständig entscheiden. Sie dürfen ihre eigenen Corona-Regeln machen. Jedes Bundesland darf eigenständig entscheiden, Milliarden für Subventionsprogramme und Steuersenkungen für die Konzerne auszugeben und so den reichsten Kapitalisten zu helfen. Aber wenn zwei Bundesländer einer kleinen Handvoll Flüchtlinge helfen wollen, dann macht die Bundesregierung auf einmal von ihrer Autorität Gebrauch – und verbietet es.

Wessen Freund und Helfer?

Um das Jahr 2017 haben Rechtsradikale in Berlin-Neukölln 23 Brandanschläge verübt, um Menschen und Initiativen Angst einzujagen, die sich in Neukölln gegen Neonazis engagieren. Hinzu kamen dutzende anonyme Drohungen. Doch trotz zahlreicher Indizien verliefen die Ermittlungen im Sand, und den Anwälten der Opfer wurden Teile der Ermittlungsakten vorenthalten. Nach zwei Jahren kam nun heraus, warum: Der zuständige Staatsanwalt und ein Polizeihauptkommissar, die beide der AfD nahestehen, hatten die Verdächtigen aus der rechtsextremen Szene heimlich informiert und geschützt. Erst jetzt wurden ihnen die Ermittlungen entzogen.

Die AfD stellt sich gerne als Opfer dar und als jemand, dem der Staat die freie Meinungsäußerung verbieten würde. In Wahrheit hat die AfD zahlreiche Unterstützer im Staatsapparat. Und sie helfen, ihre rechtsradikalen Kumpanen zu decken, die tatsächlich die Meinungsfreiheit bedrohen: indem sie mit Terror versuchen, Menschen mit anderen Ansichten zum Schweigen zu bringen.

Ein Ausbildung fürs Arbeitsamt?

Für viele Auszubildende endet die „erfolgreiche“ Ausbildung dieses Jahr beim Arbeitsamt. Viele, auch mittlere und größere Betriebe übernehmen sie nicht. Die Azubis gehören damit zu den ersten, auf die die Unternehmen die Krise abwälzen, zusammen mit den Befristeten und Leiharbeitern: auf all die Arbeitenden also, bei denen uns die Bosse schon lange einzureden versuchen, es sei „normal“, sie zu entlassen, sobald etwas weniger zu tun ist.

Für viele Azubis hat es gerade in der Krise massive Auswirkungen, nicht übernommen zu werden. Auf viele kommen jetzt Jahre der Leiharbeit zu, Jahre der unsicheren Jobs, oftmals nicht im gelernten Beruf und zu entsprechend weniger Geld. Oder anders gesagt: Die einzige Perspektive, die sich den jungen Arbeitenden bietet, ist zu kämpfen und die Gesellschaft zu ändern.

Kurzarbeitergeld: Kassieren und entlassen

Die meisten Unternehmen, die derzeit Azubis, Befristete und Leiharbeiter auf die Straße setzen, kassieren gleichzeitig Kurzarbeitergeld.

Eigentlich bekommen die Unternehmen dieses Geld aus der Arbeitslosenkasse ja als Gegenleistung dafür, dass sie die Arbeitsplätze erhalten und eben niemanden arbeitslos machen. Deshalb dürfen sie während der Kurzarbeit auch niemandem kündigen. Doch Azubis, Befristete und Leiharbeiter müssen ja nicht offiziell gekündigt, sondern einfach „nur“ nicht weiterbeschäftigt werden.

Von diesem Trick machen die Bosse reihenweise Gebrauch, um doppelt zu profitieren: So können sie Geld aus unserer Arbeitslosenkasse einstecken – und gleichzeitig trotzdem zahlreichen Arbeitenden ihren Arbeitsplatz rauben.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!